

Sächsische Volkszeitung

Unabhängiges Tageblatt
für Wahrheit, Recht und Freiheit
mit Unterhaltungsbeilage Die illustrierte Zeit
und Sonntagsbeilage Feierabend

Abonnement: 8.10 M. zu
Posten durch Post 4.40 M. zu ganz Deutschland
Post 2.50 M. in Österreich 2.40 M.
Abonnement mit Belehrung bis einschließlich 1.90 M. zu
Posten durch Post 2.10 M. in ganz Deutschland frei
Post 1.20 M. in Österreich 4.07 M. — Einzel-M. 10 M.
Rechtsanwalt-Sprecherkunde: 10 bis 11 Uhr vorzulagern.
Für Rückgabe eingeliehener Schriftenstücke muß sich die Abrechnung
nicht verhindern; Rücksendung erfolgt, wenn Rückporto be-
auftragt ist. Brieflichen Anfragen ist Einschreibporto beizufügen.

Anzeigen:
Annahme von Geschäftsanzeigen bis 10 Uhr, das Familien-
angelegen bis 12 Uhr.
Preis für die Zeit-Spalte 20 J. im Monat 60 J.
Für unbedeutlich geschriebene, sowie durch Fernsprecher auf-
gegebene Anzeigen bitten wir die Verantwortlichkeit für die
Richtigkeit des Tages nicht übernehmen.
Geschäftsstelle und Redaktion Dresden, Holzmarktstraße 46

Nr. 277

Fernsprecher 1366

Donnerstag, den 5. Dezember 1912

Fernsprecher 1366

11. Jahrg.

Friedensgeläute!

Konstantinopel, 4. Dezember. (Telegramm
des Wiener K. K. Korrespondenzbüros.) Der
Waffenstillstand zwischen der Türkei einerseits, Bul-
garien, Serbien und Montenegro andererseits, ist
unterzeichnet worden.

Ein Aufatmen geht durch ganz Europa: Der Friede ist
gesichert, wenn auch vorerst nur ein Waffenstillstand erzielt
worden ist. Dieser erfreuliche Ausgang ist auf verschiedene
Ursachen zurückzuführen. Die wichtigste dürfte wohl die
Erföpfung der Balkanvölker sein. So lange sie von Sieg
zu Sieg eilten, empfanden sie im Laufe des Erfolges
nicht die Schwere der Opfer, die sie bringen mussten, und
kannten nur ein ungestümtes Vorwärts. Vor Altha-
tischia, Adrianopel und Skutari ist ihnen ein Halt ge-
boten worden, dort drängt sich ihnen die Erinnerung an
den zurückgelegten Weg auf und mit Entsetzen überzähnen
sie die furchtbaren Opfer, die auf beiden Seiten dieses
Krieges liegen. Lang drängt sich ihnen die Frage auf:
Kann das Volk noch mehr Blut lassen, ohne zu sterben?
Dürfen wir noch mehr Siege um solchen Preis erringen?
Die Jugend des bulgarischen Volkes ist auf dem Schlach-
feld geblieben und auch die serbische Jungmannschaft hat
dem Vaterlande schweren Tribut zahlen müssen.

Mit einem Bangen gehen die Staatsmänner und
Könige der Balkanvölker ans Werk, um Gewinn und Ver-
lust abzuwegen und skeptisch Berechnungen über das Kom-
mende anzustellen. Die vielen und glänzenden Siege, die
von den Balkanvölkern errungen worden sind, lösen bei
ihnen nicht die Freude aus, die sie vielleicht verdienten.
Das heutige Geschlecht wird sich dieser Siege auch kaum er-
freuen können; erst das heranwachsende und kommende Ge-
schlecht wird sich freuen können.

Der Friede wird den Balkanvölkern gewiß nicht leicht
werden, denn sie werden gezwungen sein, manche ihrer im
Verlauf des siegreichen Feldzuges immer höher gespannten
Forderungen erheblich herabzumindern. Die Tscha-
tischialinie hätte zum Rubikon für die Türkei werden
können, sie ist nicht überschritten worden und wird voraus-
sichtlich auch nicht überschritten werden. Das bedeutet aber
für die Türkei die Sicherung eines wenn auch nur kleinen
europäischen Besitzstandes. Auch Adrianopel und Skutari
haben sich wacker gehalten, so daß die Türkei noch gewich-
tige Blöcke in den Hand behält, um einen nicht gar zu
ungünstigen Friedensschluß sich zu sichern. Die Lage der
Türkei gestaltet sich dadurch noch günstiger, daß die Einig-
keit des Balkanbundes bereits erschüttert zu sein scheint.
Zwischen Griechenland und Bulgarien sind die Reibungs-
flächen schon groß und scharf geworden; die Interessengemeinschaft
der Balkanvölker dürfte überhaupt auf eine
harte Belastungsprobe gestellt werden, wenn es gilt, die
territorialen Eroberungen zu verteilen. Bulgarien hat
die schwersten Opfer gebracht und die größte Arbeit ge-

leistet, hat aber an territorialem Besitz am wenigsten er-
obert und nicht einmal Adrianopel zu Fall bringen können.
Es wird kein leichtes Stück Arbeit sein, eine friedliche Aus-
einanderziehung über die Besitzveränderungen unter den
Balkanstaaten herbeizuführen.

Auf den jetzt abgeschlossenen Waffenstillstand wird aller
Wahrscheinlichkeit nach bald der Frieden folgen, und die
Weihnachtsglocken werden auch über dem verwüsteten Vol-
kan Frieden läuten. Ob dann der Krieg aber wirklich be-
endigt sein wird, oder ob der bevorstehende Friede weniger
von Friedensliebe als vom Gefühl der Ermattung und
Schwäche diktiert sein wird, bleibt abzuwarten. Hast möchte
es scheinen, als ob die Balkanfrage durch den kommenden
Frieden nicht gelöst werden wird. Die Türkei wird in Eu-
ropa bleiben, wird aller Wahrscheinlichkeit nach auch Adri-
anopel und Skutari behalten. Der Friede zwischen den Vol-
kanvölkern unter sich und mit der Türkei wird vielleicht
nur so lange währen, als die Ermattung nochhält, die Krieg
und Seuchen jetzt verursacht haben. Auch der Triplentente
und dem Dreikomitee steht noch eine schwierige Aufgabe be-
vor. Der Kampf um die Vorherrschaft zwischen ihnen ist immer
noch nicht ausgetragen worden; wird dieser Streit jetzt nicht
ausgetragen, so geschieht es nicht aus ideeller Friedensliebe,
sondern aus mächtigeren, harten Erwägungen heraus. Trotz
des Entgegenkommens der beiden Mächtegruppen auf dem
Wege zur Verhinderung eines Übergreifens des Balkan-
krieges auf anliegendes Gebiet ist nicht zu verkennen, daß
die Spannung zwischen ihnen fortbesteht und jetzt auch
kaum gelöst werden dürfte.

Deutscher Reichstag

Berlin, den 8. Dezember 1912.

Die auswärtige Politik

Die kleinen Anfragen scheinen sich bei den Reichsbürgern
besonderer Vorliebe zu erfreuen. Seit den wenigen Tagen,
seit denen der Reichstag wieder versammelt ist, ist schon
eine ganze Reihe solcher Anfragen an die Regierung ge-
richtet. Auch heute wieder fühlen nicht weniger denn drei
Abgeordnete das Bedürfnis, Auskunft über verschiedene
Frage zu teilen. Der Genosse Liebnecht glaubt nach
Maßnahmen gegen die Einschleppung der Cholera aus der
Türkei fragen zu müssen, bekommt aber zur Antwort, daß
zu irgend welcher Beunruhigung nicht der mindeste Grund
vorliegt.

Noch diesem kurzen Vorspiel wurde die Debatte über
die auswärtige Politik fortgesetzt, die zunächst nichts Be-
merkenswertes zutage förderte. Aus der Ruhe wird das
Haus etwas aufgeschreckt, als der polnische Redner
Tambayanski in temperamentvoller Weise die
preußische Polenpolitik, die nicht ohne Rückwirkung auf die
auswärtige Politik bleiben könne, da sie bei ihrer Fortdauer
Österreich bei seiner starken slawischen Bevölkerung die
Aufrechterhaltung des Bündnisses mit Österreich unmöglich
mache, zum Gegenstand seiner Erörterungen macht. Mag
sich der Redner auch im Ton vergriffen haben, ein beson-

ders scharfer Ausfall gegen Preußen trägt ihm einen Ord-
nungsruf ein — in der Sache hat er zweifellos recht.

Der Revisionist Dr. David kam nach dem Kodikalen
zu Worte; er kam mit einer langatmigen Polemik gegen
die bürgerlichen Parteien. Das deutsch-österreichische Bünd-
nis sei nur ein Defensivbündnis, d. h. beide Staaten wollten
sich gegen einen Angriff von Russland schützen. Wenn aber
Österreich angreift, dann müssen wir nicht mobil machen;
der Vertrag bindet nicht. Die österreichische Hof- und
Kriegspartei wolle den Krieg, und das Zentrum stehe auf
derfelben Bahn wie diese. Deutschland sei kein bleibender
Folgsmann Österreichs. Die Beziehungen zu England
bessern sich und müssen immer mehr verbessert werden, sonst
hat Russland allein den Gewinn. Wir Sozialdemokraten
finden Gegner des Weltkrieges. Zum Schluß röhnte er gut
die Sozialdemokratie als eine Partei, welche die ver-
faulten (!) religiösen Werte erneure; dabei bekannte er,
daß er in Basel wieder in der Kirche gewesen sei und daß
sei eine der schönsten Stunden seines Lebens gewesen. Die
Massen hören auf, gedanktlose, willenslose Herden zu
sein. Im geradezu frivoler Weise schloß er mit dem Weih-
nachtsgruß: „Friede den Menschen“ und die jüdischen
Sozialdemokraten riefen am lautesten Beifall. Das war
der beste Rahmen zu dieser Rede.

Abg. Fürst v. Löwenstein gab die Antwort
namens des Zentrums sehr bestimmt und geschickt. Das
Zentrum habe keine Beziehungen zu einer österreichischen
Kriegspartei; aber es halte am Wortlaut und Geiste des
Bündnisses fest. „Der Vorredner hat Herrn Abgeordneten
Dr. Spahn vorgeworfen, eine Kriegsrede gehalten zu
haben. Wenn man in Österreich nicht überall mit der
Lamme Geduld zufrieden sein sollte, so könnte man daraus
nicht sofort auf das Bestehen einer Kriegspartei schließen.
Zudenkt ist das Zentrum nicht der Vertrauensmann des
Erzherzogs-Thronfolger. Was das Gebiet der hohen
Kirchenpolitik des Herrn David angeht, so sehe ich tatsächlich
nicht ein, was die Frage, „ob Durazzo serbischer oder alba-
nischer Hafen wird“, mit der hohen Kirchenpolitik zu tun
hat. Er hat dem Abgeordneten Spahn eine zu weitgehende
Auslegung des Bündnisses mit Österreich vorge-
worfen, obgleich sich die Auslegung genau mit dem Sinn
und Wortlaut des deutsch-österreichischen Vertrages deckt.
Alle Parteien sind sich einig, abgesehen von der sozialdemo-
kratischen Seite, für ein energetisches Eintreten für Öster-
reich. Es ist dies ein vitales Interesse Deutschlands. Die
im vorigen Jahre bewilligten Heereserweiterungen und
die Bereitstellung der hierfür nötigen Mittel zur früheren
Erzielung dieser Pläne haben den Frieden wirkungsvoll
unterstützt. (Lebhafte Zustimmung im Zentrum und rechts.)
Der internationale sozialistische Kongreß in Basel weist
einen logischen Fehler auf. Die Redner forderten nämlich
die Befreiung der Balkanvölker vom türkischen Yoch, und
diese Befreiung ist ohne Krieg nicht möglich. Auch der Ver-
teidigungskrieg des eigenen Landes würde nicht unbedingt
verurteilt, und eben noch hat Herr David darauf hinge-
wiesen, daß Bebel bereit sei, mit dem Schwerte in der Hand

Deutsche Politik

Von Germanus

II.

Die Deutschen sind das Volk des europäischen Geislantes,
aber das geographische Deutschland ist, selbst wenn wir
es in seinem ganzen Umfang betrachten, für ein Welt-
machtswall ungereicht; es braucht ein ergänzendes Hin-
terland mit der Aussicht aufs Ungemessene, und dieses Hin-
terland kann ihm noch der Lage der natürlichen Verhältnisse
nur Österreich verschaffen. „Das wird nur deshalb so
wenig erkannt“, sagt A. B. Huber, „weil die leere phan-
tastische Großsprecherei, welche in diesen Dingen allein Ge-
hör findet, immer von der törichten Idee der Konkurrenz
mit England in der ozeanischen Entwicklung heraustritt, und
dabei in fast allen einzelnen Momenten den Schein,
die Phrasen für die Wirklichkeit nimmt. Wer nur irgend
eine lebendige Anschauung des wahren Verhältnisses, der
natürlichen Gaben und des darin liegenden relativen Be-
russes des britischen Inseln und Deutschlands zu einer ozea-
nischen Entwicklung hat — wer dann die Aussichten er-
wägt, die zum Beispiel eine deutsche Besiedlung der unteren
Donau und was sich daran knüpft, unter einem möglichen Böllschuh gegen England eröffnet, der wird wahr-
lich keinen Augenblick darüber im Zweifel sein, wo der
Hauptberuf Deutschlands liegt. Aber freilich zu einer
lebendigen Anschauung des relativen Verhältnisses des
Weltbundes, welches die verschiedenen Völker und Ränder als
Betriebskapital in die Weltgeschichte bringen, gehört etwas
mehr, als man aus geographischen Sachen und statistischen
Handbüchern ersehen kann.“

Als preußischer Minister lehrte Bismarck seine russen-
freundliche Politik fort. Am 1. Februar 1863, kurz nach
Ausbrech der polnischen Revolution, sandte er den General
v. Alvensleben nach Petersburg und ließ der russischen
Regierung die preußische Unterstützung bei der Niederkunft
des Polonaufstandes anbieten, und am 8. Februar bereits
wurde die für Preußen und Deutschland so schmackhafte Kon-
vention in Berlin unterzeichnet.

Wenn Bismarck seine in dieser Konvention zur Schau
getragene Liebesdienerei gegenüber Russland damit zu ver-
teidigen verucht, daß er sagt, ein Sieg der auständischen
Polen hätte die Errichtung eines selbständigen Polens zur
Folge gehabt, so wird wohl jeder verständig und gerecht
Denken darin mit mir übereinstimmen, daß dieses selbst-
ständige Polen als Pufferstaat zwischen Russland und
Deutschland viel mehr ein Bedürfnis als eine Gefahr für
das letztere bedeuten würde.

Bismarcks russenfreundliche Politik stellte sich aber be-
kanntlich die Aufgabe, Russlands Zustimmung zu der in
Aussicht genommenen Zerschlagung des Deutschen Bundes
und der damit in Verbindung stehenden weiteren Wohnnah-
men zu erkämpfen. Und ein realpolitisch urteilender Kenner
der russischen Geschichte und Politik wird fragen, warum
Bismarck für diese weit mehr im russischen als im preußi-
schen Interesse gelegene Politik erst noch einen Preis ge-
zahlt hat? Denn:

„Der Schlag, der das deutsche Volk 1866 getroffen hat,
sagt Buttke (Die deutschen Zeitschriften und die öffentliche
Meinung, 2. Auflage, Seite 22 ff.), war ein furchtbarer,
einer der schlimmsten in seiner ganzen Geschichte. Auf den
Verlust der deutschen Stellung in Italien will ich nicht ein-
mal Wert legen. Im Osten mängeln sich die Stämme, da-

ist der Deutsche noch nicht allenthaler in der Überzahl (auch
in Polen nicht!), aber täglich macht er Fortschritte. Da
liegt das Feld seiner Ausbreitung, seiner allmäßlichen Ver-
stärkung, einer reichen Entwicklung. Als der Kronprinz
von Preußen die Höhen von Chlum einnahm, ging es ver-
loren. Sowie Österreichs deutsche Stellung vernichtet war,
war auch die vorwiegende Bedeutung des Deutschen in
Österreich zugrunde gerichtet, war nicht bloß sein Staat
Österreich, sondern überhaupt den Deutschen im Osten die
schwerste Niederlage beigebracht und mit einem Schlag
zu Hause sich dort alles ändern; es ist dies lange vorher von
Großdeutschland verkündet worden und kam denn fest. Nach-
dem Österreichs staatliche Verbindung mit dem übrigen
Deutschland zerbrochen war, gewann das Stammbewohntland
der nichtdeutschen Stämme erhöhte Verechtigung. Man
zählte die Köpfe im Kaiserreich und der Nichtdeutschen gab
es mehr als der Deutschen. Von nun an loberte das innere
Gewürfnis heftig empor. Die niedergeschlagenen Deutschen
Österreichs zeigten sich kleinmütig und nachgiebig, die Na-
tionalitäten, wie man sich ausdrückt, richteten ihre Anstrengun-
gen wider sie. In Galizien wie in Ungarn wurden die
Deutschen nahezu verdrängt, ihr Einfluß wenigstens ge-
brochen, die Sachsen in Siebenbürgen, die Jahrhunderte
der magyarischen Übergriffe sich glücklich erweht hatten,
verloren ihre alten Rechte, müssen den ungarischen Reichs-
tag bejubeln und von ihm Gesetze nehmen. Die Ungarn
wurden das führende, daß entscheidende Volk. Ein Magyar
ist gegenwärtig Hauptminister Österreichs und der in eines
Deutschen Mundes schwer richtig zu bezeichnende Buns.
Österreich möge seinen Schwerpunkt in West haben, ist rich-
tig in Erfüllung gegangen. (Fortsetzung folgt.)